Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 1. November 2008 **118. Jahrgang Nr. 31.691**

„Historischer Moment“

Die Stadt Buenos Aires bekommt ihre eigene Polizei

Buenos Aires (AT/kat) - Zum allerersten Mal in der Geschichte der Stadt wurde Buenos Aires am Dienstag bei einer Abstimmung der Legislative die Schaffung einer eigenen Polizeieinheit mit 42 zu 13 Stimmen bewilligt. Die ersten 1000 Polizisten sollen schon Ende 2009 in den Straßen patrouillieren.

Endlich hat der Bürgermeister von Buenos Aires Mauricio Macri die Unterstützung von Seiten der Kirchneristen und Sozialisten bekommen, die er brauchte, um mit seinem Plan zur Schaffung einer stadteigenen Polizeieinheit zur Ergänzung der Präsenz der Bundespolizei fortzufahren. Bei der gesetzlichen Debatte wurde allerdings auch klargestellt, dass es sich dabei um ein Werkzeug handelt, von dem immer noch niemand so genau weiß, wie es eingesetzt werden soll. Gonzalo Ruanova, Fraktionsmitglied des ehemaligen Bürgermeisters von Bue- nos Aires Aníbal Ibarra, wetterte: „Das vermittelt den Menschen den Eindruck, man würde was für die Sicherheit tun, aber in Wirklichkeit ändert sich nichts.“

Macri musste den Originalentwurf des Projektes, den er vor sieben Monaten eingereicht hatte, verändern, so dass seine Stadtpolizei keine unabhängige Einheit sein wird, wie er es wollte, sondern vom Ministerium für Justiz und Sicherheit verwaltet wird. Also könnten hierbei Interessenskonflikte entstehen.

Sie sollen bald Verstärkung bekommen: Die Polizisten in Buenos Aires.

Die Gegner des Gesetzes glauben insbesondere, dass es eine gefährliche Aufgabenüberlagerung zwischen den zwei Polizeieinheiten geben könnte. „Es könnte gekreuzte Schwerter geben“, so Guillermo Smith, Abgeordneter der Coalición Cívica.

Laut dem Rechts- und Sicherheitsminister der Stadt, Guillermo Montenegro, ist es am besten, um eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen den beiden Polizeieinheiten zu erreichen, einen Mann an die Spitze der städtischen Polizei zu stellen, der aus der nationalen Sicherheitseinheit stammt. Ibarra meint, dass eine klare Aufgabentrennung Konflikten vorbeugen könnte. Viele Punkte müssen die Stadt- und die Bundesregierung noch miteinander abklären. Fest steht schon, dass die Polizei von Buenos Aires Räumungen vornehmen und Demonstrationen auflösen darf.

Derzeit ist eine Handlungsbefugnis bei allen Formen des Verbrechens für die städtische Polizei vorgesehen, gleichzeitig sollen die städtischen Kräfte auch als eine Art vertrauensvolle Nachbarschaftspolizei fungieren. Dennoch ist anzunehmen, dass die Bundespolizei bei den härtesten Fällen die Oberhand behalten wird. Schon alleine, weil sie mit 17.000 Polizisten rein zahlenmäßig besser dafür aufgestellt ist, als die städtische Truppe, die zunächst 1000 Sicherheitskräfte umfassen soll. Besonders Fälle wie Morde und Überfälle sollen im Aufgabenbereich der nationalen Justiz bleiben. Laut dem Gesetz darf die Stadtpolizei - mit einigen Ausnahmen, zum Beispiel wenn sie Straftäter auf frischer Tat ertappt - niemanden festnehmen. Macri liegt besonders am Herzen, dass seine Polizei im Straßenverkehr vermehrt für Recht und Ordnung sorgen darf. Derzeit sind hierfür 600 Kräfte der Bundespolizei im Einsatz. Und auch gegen unliebsame Straßenverkäufer darf Macris Polizeimacht dann einschreiten.

Ein Teil der neuen Polizei soll bei anderen Sicherheitseinheiten rekrutiert, ein anderer in einer neuen Bildungseinrichtung der Stadt ausgebildet werden. Das Institut soll als Teil des Club Deportivo Español auf einem Gebiet von zehn Hektar errichtet werden. Die erste Konstruktionsphase mit Kosten in Höhe von 70 Millionen Pesos soll im März 2009 fertig sein, gerade rechtzeitig zum Beginn der Kurse. Ende 2009 sollen die städtischen Polizisten dann die Bundespolizisten unterstützen. Ihr Einstiegsgehalt soll mit 3000 Pesos monatlich über dem Einkommen der staatlichen Sicherheitskräfte liegen. Insgesamt ist für die Maßnahme für das kommende Jahr ein Budget von 205 Millionen Pesos vorgesehen.

Der Sturm flaut ab

Nur noch drei Lehrergewerkschaften auf Kollisionskurs mit der Regierung

Buenos Aires (AT/kat) - Tag zehn und elf fielen diese Woche am Dienstag und Mittwoch im scheinbar ewig andauernden Lehrerstreik für einige Schüler der Stadt Buenos Aires aus. Im Streit um eine Gehaltserhöhung hatten zuvor aber schon 14 der 17 Lehrergewerkschaften eingelenkt und die Beteiligung der Schulen am Streik scheint geringer zu werden.

Drei der Lehrergewerkschaften - Union der Bildungsangestellten UTE, die Lehrervereinigung für mittleres und höheres Unterrichtswesen (ADEMYS) und Compromiso Docente - hatten das ihnen am Freitag vergangener Woche von Bildungsminister Mariano Narodowski unterbreitete Angebot nicht angenommen. Sie fordern weiterhin eine ab August rückwirkend gezahlte Gehaltserhöhung um 20 Prozent, die Rückgewähr von 15.000 Schulstipendien und die Erhöhung des Budgets für die öffentliche Bildung. Im Zuge dessen veranstalte-

ten sie den vorige Woche angekündigten 48-Stunden-Streik wie geplant.

Den ersten Streiktag am Dienstag begannen sie mit einem Demonstrationsmarsch vor das städtische Regierungsgebäude in Buenos Aires mit etwa 1000 Personen. Insgesamt war die Beteiligung der Lehrer sichtbar geringer als bei vorherigen Streiks, wobei aber die Einschätzungen der beiden Parteien wie üblich weit auseinanderklaffen. Die Regierung schätzt, dass die Teilnahme bei durchschnittlich 22 Prozent der Lehrer lag, laut UTE allerdings bei etwa 76,7% Prozent. Die tatsächliche Zahl liegt wohl irgendwo dazwischen. Einige Streikteilnehmer äußerten sogar Zweifel. „Ich bin für die Forderungen. Aber es ist schlecht, dass sie einen Streik ausrufen, ohne die Basis zu fragen“, so der Lehrer Diego López Iglesias.

Die drei letzten harten Brocken haben angekündigt, am kommenden Donnerstag erneut mit der Regierung in Dialog treten und sich mit Narodowski treffen zu wollen. Im Zuge dessen will die UTE einen Marsch zum Paseo Colón organisieren und plant dort während des Treffens zwischen den Gewerkschafts-Vorsitzenden und den Stadtautoritäten auszuharren. Am Freitag, den 7. November, hat die UTE vor, sich vor dem Präsidium der Stadtregierung an einem künstlerischen Festival für öffentliche Bildung zu beteiligen. Und am Montag, dem 10., will sie ein thematisches Zelt vor der Stadtregierung aufstellen, in welchem jeden Tag ein anderes Diskussionsthema behandelt werden soll: Die Situation der Lehrer, die Verschlechterung der Essensausgaben, Schulstipendien und mehr Budget für öffentliche Bildung. Ein neuer Streik ist zunächst nicht geplant.

Das Angebot, das die übrigen 14 Gewerkschaften angenommen haben, sieht vier Raten á 110 Pesos für Lehrer, die eine Schicht arbeiten, und 220 Pesos für Lehrer mit zwei Schichten, von November bis Februar zusätzlich zu ihrem Gehalt vor. Ab Februar soll dann eine dauerhafte Gehaltserhöhung von 110 Pesos eingeführt werden. Das Grundgehalt liegt dann nicht mehr wie bisher bei 1290 Pesos, sondern bei 1400 Pesos. „Die Erhöhung ist ein Witz und zu allem Übel schwarz. Wir fordern, dass sie uns eine legale Gehaltserhöhung geben und auch das Budget für die Infrastruktur, Stipendien und Essensausgaben erhöhen“, erklärte der Chef der UTE, Francisco Nenna. Ob die Regierung bei dem Treffen am Freitag einen neuen Vorschlag unterbreiten wird, um den letzten drei Gewerkschaften mehr entgegenzukommen, ließ sie nicht verlauten.

Ein Symbol für Buenos Aires

Buenos Aires (AT/kat) - Die Entwürfe sollen der Skyline von Buenos Aires in ihrer Beziehung zum Río de la Plata ein neues Gesicht verleihen - das war die Idee hinter dem Architekturwettbewerb, den das Unternehmen IRSA ausgeschrieben hatte. Gesucht wird ein neues architektonisches Symbol der Stadt, das anlässlich der Zweihundertjahrfeier der Mairevolution in Buenos Aires im Jahr 2010 in dem Gebiet neben dem Immigrationsmuseum am Fluss aufgestellt entstehen soll.

Eine Jury wählte aus den Einsendungen zwölf Vorschläge aus, die dann im Abasto Shopping zur Abstimmung durch Passanten ausgestellt wurden. Am Dienstag wurden bei einer Zeremonie im Hotel de Inmigrantes, an der unter anderem Präsidentin Cristina Kirchner und der Bürgermeister von Buenos Aires Mauricio Macri teilnahmen, die drei Finalisten bekanntgegeben.

Von den insgesamt 12.000 Stimmen bekam das Projekt ‚El Mirador’ mit 29 Prozent am meisten Zuspruch. Dabei handelt es sich um einen Entwurf der Architekten Ignacio Dahl Rocha, Bruno Emmer, Bárbara Gacitúa Moyano und Jacques Richter. Es ist ein 200 Meter hoher Aussichtsturm, an dem 15 Kapseln mit einem Fassungsvermögen von je 22 Personen Besucher bei einer 20-minütigen Fahrt hoch in die Lüfte über der Stadt transportieren.

Das zweite Projekt nennt sich ‚Las Agujas’ und stammt von den Architekten Carlos Campos und Yamila Zynda Aiub. Es sieht eine Art Strandpromenade vor, auf der 144 Stahlnadeln mit LED-Lichtern aufgestellt sind, die sich im Einklang im Wind bewegen sollen.

Der dritte Projektfinalist wurde von den Architekten Miguel Alonso del Val und Rufino Hernández Minguillón entworfen. Die ‚Puerta del Plata’ ist ein horizontales Gebäude, das sich im Wasser spiegelt und ein Kulturzentrum, Hotel und Büros beherbergen soll.

Jeder der drei ausgewählten Entwürfe erhielt ein Preisgeld von 233.000 Pesos. Nun liegt es am IRSA, das Projekt auszuwählen, das letztendlich ab 2010 zum Symbol der Stadt Buenos Aires werden soll.

WOCHENÜBERSICHT

25 Jahre Demokratie

Am Donnerstagabend fand im Stadion Luna Park in der Stadt Buenos Aires vor tausenden von Gästen ein emotionsgeladener Festakt anlässlich des 25. Jahrestages des Endes der letzten Militärdiktatur statt. Seit 25 ununterbrochenen Jahren ist Argentinien nun verfassungsrechtlich ein demokratisches Land. Geehrt wurde dabei insbesondere der ehemalige Präsident Raúl Alfonsín der Unión Cívica Radical UCR. Der 81-Jährige konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen, rief per Videobotschaft aber die Regierung und Opposition zu einem besseren Dialog auf. Außerdem bemerkte er, dass sich die Regierung nicht „als der endgültige Entscheider von Argentinien fühlen darf, nur weil sie eine Wahl gewonnen hat“.

Massendemonstration

Etwa 18.000 Menschen demonstrierten laut Schätzungen von ‚La Nación’ am Sonntag vor dem Regierungsgebäude in San Isidro für effizientere Maßnahmen der nationalen, Provinz- und Gemeinderegierungen, um zu gewährleisten, dass „alle Argentinier in Frieden leben können“. Der Vorort von Buenos Aires wurde in den letzten Monaten zum Schauplatz von zahlreichen gewaltsamen Übergriffen und Morden. Scheinbar breitet sich das Verbrechen in San Isidro unaufhaltsam aus und bisher fehlt laut den Bewohnern jegliche Antwort der Behörden. Die Anwohner legten einen 12-Punkte-Plan vor, der unter Anderem eine Angleichung der Gesetze für minderjährige Straftäter und die Senkung des Alters für die volle Schuldfähigkeit von 16 auf 14 Jahre.

Prozess gegen Isabelita Perón

Der bisher einzige Gerichtsprozess gegen die 77-jährige ehemalige Präsidentin María Estela Martínez de Perón wurde am Mittwoch in Madrid eingeleitet. Sie ist von der Fundación por la Paz y la Amistad de los Pueblos (Funpaz) wegen versäumter Zahlungen angeklagt. Am 10. April 1990 hatte die Ex-Präsidentin eine Spendenzusage in Höhe von 7.758.747 US-Dollar unterschrieben, das Geld aber niemals gezahlt. Außerdem fordert die Stiftung die 1,5 Millionen Dollar, die der Verkauf des emblematischen KFZ, das Juan Domingo Perón von Gianni Agnelli, als dieser 1974 Präsident von Ford war, erhalten hatte, eingebracht hat.

120-Jahr-Feier

Der Zoologische Garten in der Stadt Buenos Aires wurde am Donnerstag 120 Jahre alt. Anlässlich der Feierlichkeiten wurde ein Plakat über dem Eingang von Las Heras und Sarmiento gespannt und am Abend nahmen verschiedene Persönlichkeiten von Kultureinrichtungen der Stadt an einem

geführten Rundgang teil. Für einen Zoo ist dies eine beachtliche Lebensdauer und auch die Art und Weise, wie der Tierpark entstand, ist bemerkenswert: Man erinnert sich zum Bespiel daran, wie im Jahr 1912 eine Giraffe aus Afrika im Hafen von Bue-nos Aires ankam. Aus Ermangelung an Transportmöglichkeiten wurde sie dann zu Fuß den gesamten Weg durch die ganze Stadt zum Zoo in Palermo an der Plaza Italia geführt.

Kirche gegen Spielhöllen

Was die Einen als geniales unternehmerisches Konzept sehen, ist für Andere der wirtschaftliche Untergang: Die Regierung und die Kirche streiten sich in Bezug auf das Glücksspiel. Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat ein Projekt gestartet, nach dem die Eröffnung von acht neuen Spielhallen zusätzlich zu den in der Provinz bereits 46 existierenden bewilligt werden soll. Außerdem sollen die aktuell bestehenden Auflagen für das Glücksspiel gelockert werden. Schon wird gemunkelt, dass dies besonders dem Unternehmer Cristóbal López, der dem Regierungsehepaar sehr nahe steht, zugute kommen werde. Schon seit dem Amtsantritt von Néstor Kirchner wettert die Kirche gegen die kirchnerische Glücksspielpolitik. Sie hat sich auch jetzt wieder vehement gegen das geplante Projekt ausgesprochen. Die Spielhallen „zerstören Leben und sind der Ruin vieler Familien“, so der Bischof von San Isidro, Jorge Casaretto.

Heuchler

Wenige Tage vor dem Asien-Europa-Gipfel in Peking am Freitag der Vorwoche erhöhte die Europäische Union die Agrarzölle, die sie im Zuge der Hausse von Getreide und Ölsaaten abgeschafft hatte, um die Teuerung der Nahrungsmittel zu dämpfen. Mit der abermaligen Anhebung der Agrarzölle machte die Europäische Union jegliche Möglichkeit zunichte, gelegentlich eine Einigung im Rahmen der sogenannten Doha-Runde, genannt die Entwicklungsrunde, der Welthandelsorganisation (WHO) zu erzielen. Die Entwicklung sollte den Schwellenländern zugute kommen.

Trotzdem stimmten die Regierungsvertreter der Europäischen Union in Peking dem Schlusskommuniqué zu, in dem sie sich mit deutlicher Heuchelei für ein “offenes und gerechtes” Welthandelssystem aussprechen. Ein baldiger Abschluss der festgefahrenen Doha-Verhandlungsrunde zur Liberalisierung des Welthandels wäre für alle Staaten von Nutzen, proklamierte die Konferenz.

Mit dieser Heuchelei haben die Vertreter der Europäischen Union der Doha-Runde einen Todesstoss versetzt und anderen Regierungen das Sig-nal gegeben, ebenso heuchlerisch zu handeln, indem sie Schutzmaßnahmen gegen billigere Importe erlassen. Genau dieses Szenario der gegenseitigen Abschottung vertiefte in den dreißiger Jahren nach dem Börsenkrach von 1929 die Rezession in eine lang andauernde Depression mit maßloser Arbeitslosigkeit, die unter anderem maßgebend dazu beitrug, Hitler in Deutschland politisch zu etablieren. Die Depression wurde erst im Zweiten Weltkrieg überwunden, dem eine Ära handelspolitischer Öffnung und gewaltigen Wirtschaftswachstums folgte. Die heuchlerische Europäische Union hat hierfür den Anstoss gegeben, indem sie nicht bereit ist, die Zollsenkungen ihrer Agrarprodukte beizubehalten und damit die Türe für weitere Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde offen zu lassen und selber für Effizienz und Markwirtschaft in ihrer durch Schutz und Subventionen verkrusteten Agrarwirtschaft zu sorgen.

Das Signal des Protektionismus, das die Europäische Union ausgegeben hat, wirkt auf der anderen Seite der Verhandlungspartner mit gleicher Wucht. Bekanntlich sträuben sich einige sogenannte Schwellenländer gegen den Abbau ihrer Industriezölle im Rahmen der festgefahrenen Doha-Verhandlungen, an der Spitze Indien und Argentinien. Nachdem Europa auf hohe Agrarzölle setzt, wird es auch bei hohen Industriezöllen der Schwellenländer bleiben.

Die argentinische Regierung hat in den letzten Wochen durch ihren Sprecher, den Industriesekretär Fraguío, mehrmals für eine Anhebung des Höchstzollsatzes von 35 Prozent sowie für höhere Zollsätze mehrerer als sensibel eingestufter Industrieprodukte plädiert. Bisher hat Mercosur-Partner Brasilien das Ansinnen abgelehnt, auf das auch die neue paraguayische Regierung eingegangen ist. Auf der Mercosur-Tagung vom vergangenen Montag in Brasilia wurde das Thema abermals diskutiert. Die vier Mercosur-Partner hatten den höchsten Zollsatz seinerzeit im damaligen GATT, derzeit WHO, konsolidiert, so dass er nicht überschritten werden darf. Dieser Zollsatz gilt nur für wenige Produkte, insbesondere für Kraftfahrzeuge, deren Warenverkehr zwischen Argentinien und Brasilien reguliert ist. Argentiniens Außenminister Jorge Taiana plädierte abermals für die Anhebung des Außenzolls für bestimmte Produkte, darunter Textilien und Lederwaren. Brasiliens Außenminister Celso Amorim nahm den Vorstoß zur Kenntnis, ohne ihn anzunehmen oder abzulehnen.

Nach der Absage Brasiliens hat die argentinische Regierung kurzerhand zahlreiche Mindestpreise für die Verzollung von Industrieimporten erlassen, so dass höhere Zollsätze auf die echten Werte herausschauen. Andere Importe wurden dem Lizenzverfahren unterstellt, die einem Importverbot oder einem unendlich hohen Importzoll gleichkommen. Mit hohem Zollsatz, hohen Richtpreisen und Importlizenzen wird deutlich Protektionismus betrieben.

Überall in der Welt mehren sich die Stimmen, die mit der sich anbahnenden weltweiten Rezession Schutz vor Importen fordern. Die düsteren Erfahrungen, die die Welt in den dreißiger Jahren mit Zollschutz und Devisenbewirtschaftung gemacht hat, werden dabei schlicht vergessen. Heuchlerisch wird dann wie in Europa mit den Agrarzöllen der Schutz vor Importen eingeführt und auf internationalen Konferenzen das Gegenteil verkündet, wo man doch bestens weiß, dass Konferenzen verkünden, was die Regierungen nicht nachvollziehen, sondern genau das Gegenteil tun.

Randglossen

Während die Zentralbank dieser Tage mit einer Milliarde Dollar als Einsatz am Devisenmarkt drohte, um die steile Abwertung zu bremsen, und sich das Landesrisiko Argentiniens den 2.000 Punkten näherte, als ob ein neues Default bevorstünde, schlossen die US-Regierung und der Internationale Währungsfonds Argentinien als Nutznießer ihrer Hilfsaktionen aus. Das US-Schatzamt stellte viele Milliarden Dollar als Swapgeschäfte für bestimmte Länder wie Brasilien zur Verfügung, die zwar auf hohem Devisenpolster sitzen, aber unter Kapitalflucht leiden. Der Währungsfonds erlaubte ebenfalls Ziehungen in Milliardenhöhe gegen sein Kapital. Argentinien qualifiziert nicht, weil es die in den Statuten vorgesehene jährliche Revision seiner Fiskalzahlen nicht zulässt. Kein Wunder, dass am Platz die Flucht in den Dollar und weg vom Peso Oberhand gewinnt. Alles wie gehabt bei früheren lokalen Finanzkrisen.

Präsidentin Cristina Kirchner übt sich nahezu täglich mit kurzen Ansprachen bei allerlei Anlässen, meist in Zusammenhang mit Finanzhilfen für bestimmte Bauprojekte im Landesinneren. Der Aufwand geht einher mit Tagesreisen hin und her, gelegentlich sogar zwei Mal am Tag. Letzthin erübrigte sich eine solche Flugreise bis Tucumán, indem die Präsidentin ihre Rede in der Residenz von Olivos hielt. Sie wurde per Fernsehen vor Ort übertragen, so dass die Zuhörer die Rednerin am Schirm sahen und ihr zuhören konnten. Modernste Technologie erlaubt der Präsidentin, weniger zu reisen, aber gleichzeitig mit ihren Reden aufzuwarten, die allesamt gleichen Inhalts sind. Derweil regiert ihr Gatte, Expräsident Néstor, in der Residenz von Olivos, wo die politischen Entscheidungen fallen, die die Präsidentin mit ihrer Untrerschrift unter Dekrete und Gesetzesprojekte nachvollzieht und mit Reden beschönigt. So wird in Argentinien in trauter Ehegemeinschaft regiert, während sich Junior Máximo Kirchner für spätere politische Aktionen vorbereitet.

Maradona

Buenos Aires (AT/re) - Zwei Tage vor seinem 48. Geburtstag ist Diego Maradona am Dienstag überraschend zum neuen Trainer der argentinischen Fußball-Nationalmannschaft berufen worden. Maradona folgt Alfio Basile, der am 16. Oktober nach einem enttäuschenden 0:1 gegen Chile in der WM-Qualifikation seinen Hut genommen hatte. Als Manager soll ihm Ex- Nationaltrainer Carlos Bilardo zur Seite stehen. Als Torwarttrainer wurde Sergio Goycochea genannt sowie José Luis Brown, Julio Olarticoechea und Sergio Batista als weitere Assistenten. Wie Maradona und Bilardo gehören sie alle zu dem Erfolgs-Team, das 1986 den WM-Titel holte. Im Gespräch mit der Zeitung “Clarín” betonte der in seinem Heimatland von vielen als “Fußballgott” verehrte Maradona: “Die Mannschaft bestimme ich, und auf dem Rasen gilt mein Kommando”.

Trotz der allgemeinen Euphorie um die lebende Legende Maradona überwiegen Zweifel an seiner Befähigung zum Nationaltrainer. "Diego setzt den Mythos Maradona aufs Spiel", kommentierte eine große Zeitung.

Diego Armando Maradona ist ein Mythos. Am Ball genial, aber außerhalb des Rasens dribbelte sich Argentiniens "Gold-Junge" oft und gern mal ins Abseits. Die Berufung des früheren argentinischen Fußball-Stars Diego Maradona zum Trainer der Nationalmannschaft hat die fußballverrückte Nation in ein Wechselbad der Gefühle gestürzt. Hassliebe verbindet viele Argentinier mit dem Weltmeister von 1986, der sie durch geniale Tore begeisterte und mit Drogeneskapaden und anderen Skandalen zur Verzweiflung trieb. Erheblichen Schaden genommen hat sein Image bei den fußballverrückten Argentiniern, als er bei der WM 1994 nach einem positiven Dopingtest vom Turnier ausgeschlossen wurde. Kein Wunder, dass die Nation eher mit gemischten Gefühlen auf die Berufung des 47-Jährigen auf den Posten des Cheftrainers der Nationalelf reagierte. Bei einer Schnellumfrage der Online-Ausgabe der Zeitung "Clarín" klickten fast 75 Prozent der Teilnehmer die Option "nicht zufrieden" mit der Entscheidung an. Am liebsten wäre den Fans der "Albiceleste" ein seriöserer und vor allem erfahrenerer Kandidat wie zum Beispiel Carlos Bianchi gewesen.

Als Trainer hat der frühere Star von Boca Juniors, des SSC Neapel und des FC Barcelona bisher auch nicht viel vorzuweisen. Mehrmals versuchte sich Maradona erfolglos bei argentinischen Zweitligisten. Auch auf dem Manager-Posten konnte er nie an seine glorreichen Zeiten als Spieler anknüpfen. Kritik an seiner mangelnden Erfahrung wies er prompt zurück. "Ich habe um die zwanzig Jahre Erfahrung im argentinischen Nationalteam. Deshalb klingt es lustig für mich, wenn von mangelnder Erfahrung gesprochen wird", sagte Maradona am Mittwoch. Er bestritt 91 Länderspiele für die "Albiceleste" und erzielte dabei 34 Tore. "Ich denke nicht, dass ich von irgendetwas überrascht werde. Ich bin sehr gelassen und weiß, dass wir unglaubliches Material haben, um Argentinien lächeln zu lassen."

Das erste Spiel unter seiner Leitung ist für November geplant. Dabei handelt es sich zunächst nur um ein Freundschaftsspiel gegen Schottland in Glasgow. Richtig spannend wird es erst im März kommenden Jahres. Dann trifft die Nationalelf in Buenos Aires im Rahmen der WM-Qualifikation auf Venezuela.

AUSFLÜGE UND REISEN

Auch das ist San Telmo

Von Architekt José María Peña als Direktor des Museo de la Ciudad 1970 ins Leben gerufen, wurde die Plaza Dorrego in San Telmo von Anbeginn zum Treffpunkt von Antiquitätenliebhabern. Denn im Gegensatz zu Flohmärkten anderswo, wo oft Trödel feilgeboten wird, gibt es in San Telmo seit je - und vor allem - wertvolle, sammelwürdige Gegenstände meist künstlerischer bzw. kunstgewerblicher Art. An den Objekten auf den Verkaufsständen kann man noch heute deutlich ablesen, wie ungeheuer wohlhabend Argentinien einst war: Kristall-Lüster, feine Bronzeobjekte, silberne Gebrauchs- und Schmuckgegenstände, geschnitztes Elfenbein, erlesenes Mobiliar, alte Landkarten und vieles mehr, was die herrschaftlichen Chateaus der Reichen zierte.

Eine Umarmung für die, die's wünschen.

Der erste Flohmarkt war im Paris des 19. Jahrhunderts entstanden und bekam seinen Namen, weil es in den dort dargebotenen gebrauchten Klamotten und Matratzen von Ungeziefer wimmelte.

Die Plaza Dorrego ist indes kein Flohmarkt im traditionellen Sinn, sondern ein echter Antiquitäten-Markt. Allerdings ist heute das, was rund um San Telmo vor sich geht, weitläufiger als das Herzstück Plaza Dorrego. Und auf diesen „Ausläufern" meist auf offener Straße, auf Trottoirs und Kopfsteinpflaster wird heute schon nicht mehr allein Antikes angeboten, sondern eben auch viel Ramsch.

Eine Sonderstellung allerdings nimmt der alte Mercado de San Telmo ein. Diese Markthalle wurde 1897 von Architekt Juan Buschiazzo entworfen und hat Zugänge von den Straßen Defensa, Carlos Calvo, Bolívar und Estados Unidos. Die alte Markthalle, gut instandgehalten, überdacht den vierten Teil eines Häuserblocks. Dank seiner Eisen- und Glasstruktur ist das Innere sehr gut ausgeleuchtet.

Eine Miniaturausgabe, wenn man so will, der berühmten Pariser Les Halles, und das letzte Eisenstruktur-Gebäude dieser Art, das es in der Bundeshauptstadt noch gibt.

Hier existieren zwei Parallelwelten, zumindest sonntags: einerseits der echte Viktualienmarkt mit Verkaufsständen für Fleisch, Fisch, Obst und Gemüse. Auch mehrere Garküchen gibt es. Und im anderen Sektor Antiquitäten, dito antiquarische Bücher und alte Zeitschriften, die man anderswo nicht findet. Händler halten Fotoapparate für Rollfilm, Röhrenradios, Grammofone und Kurbeltelefone, Kohlebügeleisen sowie verkupferte Milchkannen, emaillierte Schilder und sonst noch unzählige Trouvaillen parat, die das Sammlerherz höher schlagen lassen.

Es ist wichtig, vom Mercado San Telmo zu wissen, denn allzu leicht spaziert der Besucher daran vorbei, ohne diese Perle kennenzulernen. Zumal es auf den angrenzenden Straßen so viel Sehenswertes gibt. Wie zum Beispiel jener junge Mann, der auf der Defensa ein großes Plakat mit der Aufschrift „ABRAZOS GRATIS" in die Höhe hält. Und tatsächlich: Kaum beobachtet man die Szene wenige Minuten lang, hält meist eine jüngere oder nicht mehr so junge Frau an und lässt sich herzlich umarmen. Ein kleiner Geldschein wechselt dann allemal den Besitzer. Auch das ist San Telmo.

Marlú

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:
www.allesdeutsch.com.ar
...für alle, die es deutsch mögen.

Flyer
Lufthansa
City Center
(Zona Norte)
Leg. 213 Res.04447
Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

Mit 300 Sachen durch die Innenstadt

Formel 1-Wahn in Buenos Aires

Buenos Aires (AT/kat) - Wo sich sonst die Autos im dichten Verkehr oft nur in Schrittgeschwindigkeit vorwärtsbewegen können und sich die Passanten an den Abgasen und dem Lärm der Fahrzeuge stören, jubelte am vorigen Samstagnachmittag eine euphorische Masse von etwa 80.000 Menschen den Rauchschwaden und dem ohrenbetäubenden, röhrenden Quietschen eines Autos zu, das mit 300 Kilometer pro Stunde über die Avenida 9 de Julio fegte: Der Formel 1-Pilot David Coulthard versetzte die Innenstadt von Buenos Aires bei einem Schaurennen in Ausnahmezustand.

Foto: kat

Schon eine halbe Stunde vor dem Startschuss standen die herbeigeströmten Zuschauer so dicht gedrängt vor den Absperrungen um den 1400 Meter langen Rundkurs, dass von der hintersten Reihe kein Blick auf die Straße mehr zu erhaschen war. Doch die Formel 1-Fans und Neugierigen ließen sich nicht beirren und kletterten auf alles, was sich erklettern ließ: Bäume, Baugerüste, Plakatwände, Baufahrzeuge, Ampeln. Der Bauzaun um das Teatro Colón gab irgendwann unter dem Gewicht der Schaulustigen quietschend nach.

Vor dieser Zuschauermasse zeigte der schottische Formel 1-Pilot David Coulthard, der derzeit beim österreichischen Team Red Bull Racing unter Vertrag steht, was in seinem für den Einsatz auf normalen Straßen leicht modifizierten Rennwagen mit 750 PS steckte. Bei neun Runden auf der mit 140 Metern als eine der breitesten Straßen der Welt geltenden Avenida verwandelte er schmerzenden Motorenlärm in den Ohren der Zuschauer in klingende Musik eines hochtourigen Motors. Quietschende Reifen und Rauchwolken wurden als waghalsige Fahrkunststücke bejubelt. Hersteller von Kamerahandys hätten bei dem Anblick des Spektakels große Freude gehabt, da fast jeder sein Gerät hochhielt, um ein Bild von dem vorbeischießenden, bunten Blitz zu knipsen.

Im Alter von 37 Jahren hat der Formel 1-Veteran Coulthard nach einer 15-jährigen Karriere und 13 Grand-Prix-Siegen angekündigt, dass das Grand-Prix Rennen am Sonntag in Brasilien das letzte seiner Laufbahn sein wird. Danach will er, wie er in einem Interview mit der österreichischen ‚Kleinen Zeitung' verlauten ließ, dem Team Red Bull weiterhin als Berater zur Verfügung stehen.

Ein schwarzes Jahr fürs San Martín

Die wichtigste Kultureinrichtung von Buenos Aires in der Krise

Buenos Aires (AT/kat) - Viele der vorgesehenen Aufführungen fanden gar nicht statt, und wenn, dann nur mit großer Verspätung. Die Renovierungsarbeiten gehen nicht voran und es gibt innere Konflikte. Carlos Elía, stellvertretender Generaldirektor des Teatro San Martín, beschrieb vergangene Woche in einem Interview mit La Nación das schwere Krisenjahr der wichtigsten Kultureinrichtung von Buenos Aires.

Die Probleme des Teatro San Martín, das dem Wohlwollen der Stadtregierung ausgeliefert ist, treffen die Kultureinrichtung an allen Fronten. „Zu einem wurden wir von den Infrastrukturarbeiten behindert. In der letzten Zeit haben wir die Decken repariert und begonnen, den Asbest im Saal Martín Coronado und den kleinen Räumen zu entfernen. Und die Arbeiten verzögern sich immer wieder", erklärt Elía.

Im Theater Sarmiento neben dem Zoo, einem der kleineren dem „Complejo Teatral de Buenos Aires" angeschlossenen Säle, werden zwar keine Infrastrukturarbeiten vorgenommen, trotzdem ist er seit dem 12. dieses Monats geschlossen. Man dachte, das letzte Werk „Proyecto Archivos" im dokumentarischen Bio-drama-Zyklus von Vivi Tellas, würde guten Anklang finden, doch dem war nicht so. Infolgedessen wurden die Aktivitäten eingefroren.

Auch der Regierungswechsel habe für Probleme gesorgt. Denn die neue Verwaltung habe lange gebraucht, um sich zu entscheiden, wo sie stand. „Wir wollten zum Beispiel ‚Pepino el 88' im Mai zeigen und brachten es dann erst im Juli endlich auf die Bühne", so Elía. Generell fanden die Premieren der Aufführungen meist nur mit großer Verzögerung statt. Von den 14 geplanten Theater-Darbietungen für Erwachsene wurden überhaupt nur neun umgesetzt. Nur drei von den vier vorgesehenen Tanzprogrammen wurden realisiert. „Am schlimmsten war der Konflikt mit dem Ballett", bedauert Elía. In diesem Jahr wurden zudem etwa zehn Prozent der Angestellten entlassen. Derzeit seien noch 900 Personen beschäftigt, doch die Regierung sieht vor, bis Ende des Jahres weitere 80 in den Ruhestand zu versetzen.

Grund für viele dieser Probleme ist: Das Budget ist knapp. Es lag zwar mit 43,5 Millionen Pesos 2008 zwei Millionen Pesos höher als im Vorjahr, doch das entspricht nur einer Steigerung um fünf Prozent. Wobei schon alleine die Inflation laut dem Indec bei neun Prozent liegt. Elía: „Jetzt müssen wir schauen, welches Budget wir nächstes Jahr bekommen, um zu sehen, was wir überhaupt ins Programm nehmen können."

Kultur-Notizen

Kinofestival Mar del Plata

Buenos Aires (AT/joc) - Vom 6.-16. November findet in Mar del Plata das 23. "Festival Internacional de Cine" statt. Das einzige A-Festival Lateinamerikas zeigt neben einer Auswahl an internationalen Filmen aktuelle Werke aus ganz Lateinamerika. Die neuesten argentinischen Produktionen werden in einem exklusiven Wettbewerb uraufgeführt. Parallel locken verschiedene Ausstellungen und Retrospektiven - und natürlich die kilometerlangen Strände Mar del Platas. Mehr Informationen im Internet unter www.mardelplatafilmfest.com.

Literaturfestival im Malba

Fünf Tage lang, vom 12. bis 16. November, gehört das Malba ganz der Literatur. Das "Festival Internacional de Literatura en Buenos Aires" (FILBA), das in diesem Jahr zum ersten Mal stattfindet, bietet seinen Besuchern verschiedenste Möglichkeiten, zeitgenössische Literatur zu erleben: Konferenzen, Interviews, Debatten, Lesungen, Erzählungen, Projektionen sind einige davon. Bedeutende internationale und nationale Schriftsteller, Denker und Künstler präsentieren sich und ihre Arbeit. Eröffnet wird das FILBA am Mittwoch, den 12. November, um 19 Uhr. Die Karten für die verschiedenen Veranstaltungen kosten 12 Pesos und sind seit dem 25. Oktober im Malba (Av. F. Alcorta 3415), in der Librería Eterna Cadencia (Honduras 5582) oder im Internet (www.ticketportal.com.ar) erhältlich. Rentnern und Studenten werden 20 % Rabatt gewährt. Die "Lese-Ecken" (Rincón de Lecturas) sind gratis. Mehr Informationen unter www.filba.org.ar.

Wiener Synagoge in Buenos Aires

Buenos Aires (AT/kat) - Am 9.11.2008 jährt sich zum siebzigsten Mal die Nacht des Pogroms, eine Nacht, die in der Geschichte symbolisch für staatlich und sozial ausgeübten und ideologisch legitimierten Terror steht. Im Gedenken findet das Projekt „VERLORENE NACHBARSCHAFT" statt. Es soll eine kulturelle Begegnung zwischen Wien und Buenos Aires sein, eine Geste der Reflexion über die Vergangenheit und die Gegenwart beider Städte: „Wie ging das Leben für die Wiener jüdischen Emigrant/innen in Buenos Aires weiter?" „Was haben wir Nachfahren aus dem, was geschehen ist, gelernt?" Zum anderen bedarf das in Buenos Aires offenbar weit verbreitete Bild, dass Österreich, im Speziellen Wien, nach wie vor oder wieder ein Hort für alte und neue Antisemiten ist, einer kritischen Korrektur. In einem Zeltsystem im Parque Thays, hinter einer 38 Meter hohen, auf Segeltuch reproduzierten Fassade der größten Syna-goge von Wien, die am 9. November 1938 in der sogenannten Reichskristallnacht zerstört wurde, findet bis zum 9. November ein facettenreiches Programm mit Filmen, Musik, Gesprächsrunden, Workshops und Kunstausstellungen statt. Am heutigen Samstag, 1.11., wird zum Beispiel um 19 Uhr der Film „Die Fälscher" von Stefan Ruzowitzky gezeigt, am Sonntag um 17 Uhr eine Hundertwasser-Ausstellung eröffnet, am Donnerstag, dem 6.11., findet um 17 Uhr eine Diskussionsrunde zum Thema „Die argentinischen Medien und der Holocaust" statt, und am 9.11. rundet eine große Gedenkveranstaltung das Programm ab. Nähere Informationen auf der Webseite www.vecinos-perdidos.com.

Entwicklung der Industrieproduktion 2003/07

Das Studienzentrum des Sekretariates für Industrie, Handel und kleine und mittlere Unternehmen (CEP, "Centro de Estudios para la Producción") hat einen Bericht über die Entwicklung der Industrie in der Periode 2003-2007 veröffentlicht, der u.a. folgende Aspekete hervorhebt:

Während das Bruttoinlandsprodukt in diesen vier Jahren um durchschnittlich kumulativ 9% pro Jahr zunahm, expandierte die Industrie zu einem Jahresrhythmus von 10,3%.

Der Index der Industrieproduktion verzeichnet in 21 aufeinander folgenden Quartalen eine Zunahme. Frühere Aufschwungsperioden der Industrie waren kürzer und nicht so betont.

Seit dem Tiefpunkt vom 1. Quartal 2002 betrug die Zunahme der Industrie 187%. Das 4. Quartal 2007 lag um 25% über dem vorangehenden Höhepunkt, der im 1. Quartal 1998 erreicht wurde.

Zwischen dem 1. Quartal 2003 und dem 3. Quartal 2004 lagen die interanuellen Veränderung der einzelnen Quartale bei durchschnittlich 14,3%. Zwischen dem 4. Quartal 2004 und dem 4. Quartal 2007 betrugen die interanuellen Zunahmeraten durchschnittlich 8%. Der Aufschwung war in der ersten Phase leichter, da es im Wesen um die Nutzung brachliegender Kapazitäten ging.

Die Zunahme der Produktivität der Arbeit (pro Stunde) betrug zwischen 2003 und 2007 20%. Das ist u.a. auf die Einführung von Neuerungen bei den Produktionsverfahren zurückzuführen.

Zwischen Anfang 2004 und Ende 2007 stieg die Zahl der im Rentensystem eingetragenen Beschäftigen der Industrie von 785.476 auf 1.179.985 Menschen. In dieser Periode stieg die Beschäftigung der Industrie für jedes Prozent der Zunahme der Industrieproduktion um durchschnittlich 0,6%, bei abnehmender Tendenz.

Die Auslastung der Kapazität der Industrie stieg von 56% im Jahr 2002 auf 65% 2003, 70% 2004, 72% 2005 und 74% 2006. Während die Produktionszunahme ab 2002 zunächst auf einer besseren Auslastung bestehender Kapazitäten beruhte, ist sie ab 2005 hauptsächlich das Ergebnis von Investitionen. Während die Kapazität der Industrie 2003 um 0,4% abnimmt, steigt sie 2004 um 3,1%, 2005 um 3,3%, 2006 um 7,1% und 2007 um 7,1%

Der Import von Maschinen und Anlagen für die Industrie stieg von u$s 712 Mio. 2003, auf u$s 1,24 Mrd. 2004, u$s 1,59 Mrd. 2005, u$s 1,89 Mrd. 2006 und u$s 2,58 Mio. 2007. Die Preiszunahmen für diese Güter waren in dieser Periode gering.

Die angekündigten Investitionsprojekte für die Industrie betrugen 2003 u$s 903 Mio, 2004 u$s 1,92 Mrd,, 2005 u$s 3,18 Mrd., 2006 u$s 3,55 Mrd. und 2007 u$s 3,06 Mrd.

Die Expansion der einzelnen Branchen in der Periode 2004-07 war sehr unterschiedlich. Die durchschnittliche kumulative Jahresrate betrug bei Kfz 19,9%, bei medizinischen, optischen u.a. Instrumenten 16,8%, bei Radioapparaten, Fernsehapparaten und Telefonen u.dgl. 15,6%, bei nicht metallischen Erzen 12,2%, bei Maschinen und Anlagen 11,9%, bei Möbeln u.dgl. 10%, bei elektrischen Apparaten 10,6%, bei Bekleidung 9,8%, bei Metallprodukten 9,6%, bei Chemikalien 8,8%, bei Nahrungsmitteln und Getränken 8,7%, bei Druckereien 8,6%, bei Textilien 8,3%, bei Papierwaren 8,1%, bei Gerbereiprodukten und Lederwaren 7,4%, bei Kautschuk und Kunststoffen 7%, bei Transportmitteln (ohne Kfz) 6,9%, bei Metallen 6,3%, bei Erdölraffinierung 4,2%, bei Tabakwaren 2,4%, bei Büromaschinen 0,4% und bei Holz 0,2%.

Während die Gesamtexporte zwischen 2003 und 2007 um 86% zunahmen, stiegen die von reinen Industriepodukten (MOI, Manufacturas de Origen Industrial) um 115%. Die Kfz-Exporte stiegen in dieser Periode um 271% auf u$s 5,32 Mrd., wobei es sich zum grössten Teil um kompensierten Austausch mit Brasilien handelt, bei dem die Exporte im Prinzip mit Importen ausgeglichen werden. Die zweitwichtigste Sparte bezieht sich auf Chemikalien (vorwiegend Produkte der Petrochemie), die um 88% auf u$s 2,94 Mrd. stiegen. An dritter Stelle kommen Metalle (vornehmlich Aluminium und Stahl), mit einer Zunahme von 82% und 2,82 Mrd. An vierter Maschinen und Apparate, mit einer Zunahme von 128% auf u$s 1,97 Mrd. und an fünfter Kunststoffe, die um 72% auf u$s 1,20 Mrd. stiegen. Der Rest verteilt sich auf allerlei andere Industrieprodukte.

Von den gesamten Industrieexporten von u$s 8,05 Mrd. gingen u$s 6,05 Mrd. nach Brasilien, u$s 1,63 Mrd. nach Chile, u$s 1,33 Mrd. nach den USA, u$s 0,98 Mrd. nach Mexiko u$s 0,84 Mrd. nach Venezuela, u$s 0,77 Mrd. nach Uruguay, u$s 0,52 Mrd. nach der Schweiz, u$s 0,44 Mrd. nach Paraguay und der Rest nach anderen Ländern. 90% dieser Exporte waren für Mercosur-Staaten bestimmt.

Bei den Exporten von Industrieprodukten landwirtschaftlichen Ursprungs (MOA), die 2007 u$s 19,19 Mrd. erreichten, betrug die Zunahme ab 2004 92%, wobei sie jedoch nur zu 41% auf höheren Mengen und zu 37% auf höheren Preisen beruht. Zwei Drittel entfallen auf pflanzliche Öle, Pellets und Mehl.

Die gesamten Exporte von Industrieprodukten (MOA plus MOI) machten 2007 48,82% der Gesamtexporte aus.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der Dollarkurs schloss am Donnerstag zu $ 3,40, um 4,29% über der Vorwoche, um 7,94% über Ende September und um 7,26% über Ende 2007. Der Rofex-Terminkurs lag zum 2.2.09 bei $ 3,48, zum 31.3.09 bei $ 3,55, zum 30.6.09 bei $ 3,67, zum 30.9.09 bei $ 3,775, zum 30.11.09 bei $ 3,86 und zum 31.3.10 bei $ 4.

***

Der Wirtschaftsjournalist Marcelo Bonelli berichtet in der Zeitung Clarín von gestern, dass die Kirchners am Dienstag beschlossen haben, dass der Wechselkurs um die $ 3,40 pro Dollar schwanken soll. Zunächst musste die ZB daraufhin weiter, wie in den Vortagen, hohe Dollarbeträge verkaufen. Doch wie verlautete, haben grosse Exporteure beschlossen, Devisen zu liquidieren, die sie zurückbehalten hatten, und die Exporte zu beschleunigen.

***

Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires verzeichnete letzte Woche zunächst eine Abnahme von 5,67% am Montag, und dann Zunahmen von 6,58% am Dienstag, von 2,61% am Mittwoch und 6% am Donnerstag, womit sich für eine Woche zum Donnerstag ein positives Saldo von 1,02% ergibt. Da mehrere der Aktien mit hohen Börsenumsätzen auch in New York kotieren, werden sie von den internationalen Bewegungen mitgerissen.

***

Die argentinischen Staatsbonds erlitten in einer Woche zum Donnerstag erneut hohe Verluste, von 15,79% bei Par-Bonds in Dollar, 8,35% bei Discount-Bonds in Pesos, 25,96% bei Boden 2014, 10,20% bei Boden 2012, und 14% bei Boden 2013. Die Par-Bonds erholten sich am Donnerstag um 14,29% und die Discount-Bonds um 6,07%. Ohne dies wäre die Baisse noch viel ausgeprägter gewesen. Die Notierungen der verschiedenen argentinischen Staatspapiere liegen zwischen 17% und 35% des Nennwertes (mit angelaufenen Zinsen).

***

Die Währungsreserven der ZB lagen zum 17.10.08 bei u$s 46,86 Mrd., mit einer Abnahme von 0,48% in einem Monat und einer Zunahme von 1,48% seit Ende 2007. Der Notenumlauf betrug $ 73,91 Mrd. und lag um 0,80% höher als vor 30 Tagen und um 1,20% unter Ende 2007.

***

Die gesamten Depositen des Bankensystems betrugen zum 17.10.08 $ 218,40 Mrd., 0,16% mehr als vor 30 Tagen und 14,10% über dem Stand von Ende 2007. Im Laufe des Jahres nahmen Girodepositen um 26,67% zu, Spardepositen um 7,36% ab und Fristdepositen um 30,74% zu, wobei Depositen von 180 auf 365 Tage um 101,78% zunahmen. Diese Depositenzunahme wurde durch wesentlich höhere Zinsen erreicht.

***

Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurden an der Börse von Buenos Aires letzte Woche zu 20,65 diskontiert (Vorwoche: 20,55%), auf 60 Tage zu 22,82% (20,87%), auf 90 Tage zu 25,05% (23,85%), auf 120 Tage zu 26,88% (23,51%) und auf 180 Tage zu 26,92% (25,08%). Die Tendenz der Zinserhöhung, die vor vier Wochen eingesetzt hat, dauerte an.

***

Gold wurde am Donnerstag in Bue-nos Aires bei 18 Karat zu $ 53,63 per Gramm gehandelt (Vorwoche: $ 48,46) und bei 24 Karat zu $ 92,30 ($ 82,70).

PERSONALNACHRICHTEN

Geburtstage im Altersheim „Los Pinos"

Preussler, Elizabeth, am 7.11.; **Hammann, Luisa**, 86, am 11.11.; **Fruechtnicht, Hanne-Lore**, 69, am 14.11.; **Schwitsky, Erna**, 87, am 16.11.; **Stöckel, Maria**, 84, **Schewtschenko, Katherina**, 84, am 19.11.; **Freitag, Mariana**, 94, am 20.11.; **Kreweld, Juliana**, 89, am 24.11., **Grisar, Patricia**, 89, am 26.11.; **Soler, Aida**, 68, am 28.11.

Todesfälle

Ilse Worlicek, 91, am 25.10; **Elisa Mey geb. Sieger**, am 25.10.

***

Der US-Richter Thomas Griesa (New York) hat die Beschlagnahme der Bankdepositen u.a. Aktiven der argentinischen Rentenkassen in den USA angeordnet. Er gab dabei dem Antrag einer Gruppe von Holdouts statt, die darauf hingewiesen hatten, dass diese Aktiven bei Übertragung der von den Rentenkassen verwalteten Aktiven auf den Staat, diesem gehören und somit beschlagnahmt werden können.

***

Das Statistische Amt (INDEC) meldet, dass der Index der Bautätigkeit (ISAC, Indicador Sintético de la Actividad Constructiva) im September um 5,7% über dem gleichen Vorjahresmonat und um 0,2% unter August 2008 lag. Die ersten 9 Monate 2008 liegen um 7,6% über dem Vorjahr.

***

Arbeitsminister C. Tomada dementierte kategorisch, dass die Regierung die Absicht habe, die Arbeitsentschädigungen zu verdoppeln, wie es der Leiter der Gewerkschaftszentrale CGT, Hugo Moyano, gefordert hatte. Diese Verdoppelung war durch das Notstandgesetz von Anfang 2002 eingeführt worden und wurde abgeschaft, als die Arbeitslosigkeit unter 10% der aktiven Bevölkerung sank, wie es im Gesetz vorgesehen war. Tomada sagte bei einer Zusammenkunft des Föderalen Arbeitsrates, dass es in letzter Zeit weniger Überstunden gegeben habe, und dass temporäre Arbeitsverträge nicht erneuert worden seien, dass die Entlassung sich jedoch im Rahmen normaler Grössenordnungen befänden.

***

Die Firma Corven, die Zubehörteile für Kfz erzeugt, hat in Venado Tuerto, Provinz Santa Fé, eine Fabrik für die Erzeugung von Motorrädern in Betrieb genommen.

***

Die Bank Comafi hat eigene Obligationen mit einem Zinssatz von 12,5% und Verfall am 27.5.2012 im Wert von u$s 24,9 Mio. zurückgekauft.

***

Die lokalen Kfz-Fabrikanten erklärten gegenüber Industriesekretär Fraguío, dass sie für das 4. Quartal 2008 mit einem Produktionsrückgang von 25% rechnen, der durch den Absatzschwund bedingt ist. Die Agenturen melden, dass im Oktober weniger Kfz verkauft wurden, wobei Käufe, die schon beschlossen waren, in vielen Fällen sistiert oder verschoben wurden.

***

Der Index der Industrieproduktion des Statistischen Amtes (INDEC) verzeichnet im September eine interanuelle Zunahme von 5,6%, und gegenüber August eine von 1,5%. Die Zunahme gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat ist auf ein Plus von 28% bei der Kfz-Produktion, von 39,4% bei Grundmetallen (vornehmlich Aluminium) und von 18,1% bei Baumaterilien (13,5% bei Zement) zurückzuführen. Hingegen verzeichnet die Textilindustrie eine interanuelle Abnahme von 14,5%, die Reifenindustrie eine von 19,5% und die Grundchemie eine von 8,2%. Baumwollgarne verzeichnen eine Abnahme von 14,1%, Baumwollgewebe eine von 14,6%, Seifen u.a. Produkte für die persönliche Hygiene weisen einen Rückgang von 2,8% auf, Kunststoffprodukte einen von 5,8%, Erdölprodukte einen von 0,6% und metallmechanische Produkte einen von 3,5%. Bei Nahrungsmitteln lag die Geflügelproduktion um 29,6% über dem Vorjahr, die Produktion von Rind- und Schweinefleisch um 19% höher, während Yerba Mate und Tee um 6,5% zurückgingen, und Zucker um 0,8%. Hingegen verzeichnet die Tabakproduktion ein Plus von 22,8%. Die Entwicklung war im September bei den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich, mit vielen Rezessionszeichen.

***

Die lokale Agrometal hat 60% der brasilianischen Landmaschinenfabrik Frankhauser für u$s 4,5 Mio. gekauft.

***

Molinos Rio de La Plata (Gruppe Perez Companc) hat in der Vorwoche ein neues Angebot für den Rückkauf von 20,7% des Kapitals zu $ 9 pro Aktie bekanntgegeben, was einen Betrag von $ 466,2 Mio. ausmacht. Am 29. September hatte die Firma schon fast 10% des Aktienkapitals zurück gekauft. Mit dieser Politik stützt die Firma ihre Börsennotierung, verringert aber gleichzweitig den Börsenumsatz.

***

Nachdem das Gesetz über Förderung der Forstwirtschaft vom Jahr 1998 für 10 Jahre gilt, fordern die betroffenen Landwirte eine Verlängerung, die voraussichtlich ohne Schwierigkeiten vom Kongress verabschiedet werden dürfte. Das Gesetz sieht einmal direkte Subventionen in Form eines festen Betrages pro Hektar vor, und dann Steuervergünstigungen für Kapitalgüter für die Forstwirtschaft. Die direkte Subvention war schon 1978 eingeführt worden, an Stelle des seit 1956 geltenden Abzuges der in Forstwirtschaft investierten Summen von der Gewinnsteuergrundlage, die kaum zu kontrollieren war und nur Personen und Unternehmen begünstigte, die einen relativ hohen Betrag an Gewinnsteuer zu zahlen hatten. Die direkte Subvention hat vornehmlich kleine Landwirte begünstigt und zu einer starken Expansion der Forstwirtschaft geführt, für die Argentinien ausserordentlich günstige Bedingungen bietet.

***

Das Stromverteilungsunternehmen Edenor hat den Rückkkauf von 10% des Kapitals für insgesamt $ 13,6 Mio. angekündigt. Edenor gehört zu 51% der Gruppe "Pampa Holding". Mit diesem Rückkauf nimmt der Börsenumsatz von Edenor-Aktien ab.

***

Das landwirtschaftliche Unternehmen Cresud (IRSA-Gruppe, geleitet von Eduardo Elsztain) hat einen Kredit von u$s 8 Mio. zurückgezahlt, den es im Mai 2006 von der Credit Suisse erhalten hatte, um die Expansion in Brasilien zu finanzieren, die den Kauf von Brasil Agro einschliesst.

***

Binnenhandelsekretär Guillermo Moreno versprach den Unternehmern der Milchindustrie, dass er Druck auf die Supermärkte ausüben werde, damit sie mehr Käse kaufen und so zum Abbau der hohen Lagerbestände beitragen. Diese sind entstanden, weil Moreno vorher den Käseexport zeitweilig verboten hatte, was die Industrie dazu führte, die Produktion von Käse (und auch von Trockenmilch) zu drosseln und weniger Milch zu kaufen, so dass Landwirte sich gezwungen sahen, einen Teil des Überschusses wegzuwerfen.

***

Der Verwalter des Rentenverwaltungsamtes ANSeS, Amado Boudou, erklärte, der Betrag der von den Rentenkassen angesammelten Fonds liege nicht bei $ 94 Mrd., wie angegeben worden war (es war sogar von $ 97 Mrd. die Rede), sondern bei $ 78,72 Mrd., die bei Berechnung der Aktiven zu Marktwerten auf $ 69,30 Mrd. schrumpften. Boudou wies darauf hin, dass das private System im letzten Jahr nicht nur keine Rente ergeben habe, sondern einen Verlust erlitten hat.

***

Die Regierung hat eine Hochspannungsleitung von 710 Km zwischen Mendoza und der Comahue-Gegend (Neuquén und Rio Negro) ausgeschrieben, deren Kosten auf u$s 550 Mio. veranschlagt wurden. Ein Kredit der Andenköperschaft (CAF, Corporación Andina de Fomento) deckt 80% der Finanzierung; die Nationalregierung trägt die restlichen 20% bei. Diese Leitung erlaubt eine bessere Nutzung der Kraftwerkskapazitäten in den betroffenen Provinzen. Mehrere Unternehmen haben schon ihr Interesse gemeldet: Alusa (Brasilien) mit den lokalen Elecnor und Cobra; die lokale Electroingeniería; die spanischen Abengoa und Linsa, und die spanische Isolux mit der lokalen Cartellone.

***

Die lokale Landmaschinenindustrie erlebt einen starken Umsatzrückgang, wobei auch die Real-Abwertung die Gefahr erhöhter brasilianischer Lieferungen von Traktoren und Erntemaschinen mit sich bringt. Landwirtschaftssekretär Carlos Cheppi versprach dem Präsidenten des Verbandes Fabrikanten von Landmaschinen (Cafma), José Marí Alustiza, dass der Zinssatz bei Kreditvergabe beschleunigt werden soll. Die Unternehmer erwarten, dass der bevorstehende Besuch des venezolanischen Landwirtschaftsministers Elías Jaua, zur Unterzeichnung eines neuen Kaufvertrages in Höhe von u$s 100 Mio. für Landmaschinen führt.

***

Argentinien erhielt im 3. Quartal 2008 gemäss Angaben der Handelskammer von Santiago de Chile, Investitionen in Höhe von u$s 133 Mio. aus Chile, gegen u$s 116 in der gleichen Vorjahresperiode. Somit stand Argentinien nach Kolumbien (das von Chile Investitionen von u$s 171 Mio. erhielt) an zweiter Stelle, vor Perú mit u$s 125 Mio. und Brasilien mit u$s 35 Mio. Hauptinvestoren waren Cencosud (Supermärkte Jumbo, Disco und Easy) und Falabella.

***

Bei der wöchentlichen Wechselausschreibung der ZB vom letzten Dienstag trafen Angebote für $ 583 Mio. ein, zum grössten Teil von den Staatsbanken, von denen $ 573 Mio. angenommen wurden. Für Lebac auf 49 Tage wurden 12,48% gezahlt, für Nobac auf 273 Tage lag der Satz um 1,20% über Badlar-Satz und bei 364 Tagen bei 2,50% darüber.

***

Das Konsumentenschutzinstitut Adelco hat ermittelt, dass 28 Konsumgüter mit bekannten Marken im Oktober gegenüber September um 3,09% teurer geworden sind. Doch die gleichen Artikel in ihren billigeren Formen, sanken im Preis um durchschnittlich 1,27%. Die ausgeprägtesten Zunahmen ergeben sich bei Toilettenseife mit 24,46%, Kekse mit 20,16%, Rüben mit 19,64%, Pfirsichmarmelade mit 19,16% und Milch in Kunststoffbeuteln (Sachets) mit 18,27%. Diese für einen Monat sehr hohen Zunahmen wurden durch Abnahmen bei anderen Produkten zum grossen Teil ausgeglichen. Die Preisschwankungen waren im Oktober anormal gross.

***

Präsidentin Cristina Kirchner weihte in einer Telekonferenz (zwischen der Residenz in Olivos und Tucumán) die Inbetriebnahme der Eisenbahnwerkstatt Tafí Viejo, in Tucumán, ein. Es handelt sich um

MAXINTA
Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa
Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan
Sarmiento 378 6º y 7º 5278-4400

eine Werkstatt, die 1910 ihre Tätigkeit aufgenommen hatte und im Rahmen der Eisenbahnprivatisierung der 90er Jahre geschlossen wurde, da sich keine privaten Interessenten fanden. Der Betrieb war schon von der Militärregierung geschlossen worden, weil er veraltet und sehr unwirtschaftlich war, und eine hohe Belastung für die Staatsfinanzen darstellte. Dann wurde er unter der Alfonsín-Regierung wieder eröffnet und unter Menem wieder geschlossen. Im Jahr 2003 wurde die Werkstatt unter der Kirchner-Regierung wieder in Betrieb genommen, mit etwa 60 Arbeitern. Nachdem $ 19 Mio. (vom Staat) investiert wurden, soll die Belegschaft auf 200 Personen ansteigen, sofern die Belgrano-Eisenbahn ihr ausreichende Aufträge für die Reparatur und den Bau von Waggons erteilt, was wiederum von der Finanzierung durch die Banco Nación oder direkt durch das Schatzamt abhängt. Die Werkstatt hat eine Kapazität für die integrale Reparatur von 80 Waggons pro Monat.

***

Im September lagen die Exporte reiner Industrieprodukte (MOI, "Manufacturas de Origen Industrial") um 54% über dem gleichen Vorjahresmonat und erreichten einen Anteil von 30% an den Gesamtexporten. Der Anteil der Industrieprodukte auf landwirtschaftlicher Grundlage (MOA, "Manufacturas de Origen Agropecuario") lag bei 34%, der von Rohstoffen (Landwirtschaft und Bergbau) bei 25% und von Brennstoffen und Energie bei 11%. Bei den reinen Industrieprodukten (MOI) stiegen die Menge um 36% und die Preise um 13%.

***

Durch Beschluss des Sekretariates für Industrie und Handel wurde für 1.200 Konsumgüter ein System der automatischen Importlizenz eingeführt. Das Verfahren besteht darin, dass der Importeur vor dem effektiven Einfuhrverfahren das Importgeschäft beim Zollamt melden muss, das binnen 72 Stunden den Fall erledigen muss. Wenn bei einem Produkt ein anormales Importvolumen festgestellt wird, dann sollen restriktive Massnahmen in Kraft gesetzt werden, wie Mindestwerte (auf die der Zollsatz berechnet wird), höhere Zölle, Kontingente und eventuell Importverbote. Bisher wurden automatische Importlizenzen nur für Waren im Wert von u$s 900 Mio. jährlich eingeführt, bei Gesamtimporten von Konsumgütern für u$s 8 Mrd. Mit dem neuen Beschluss soll der Betrag auf u$s 4 Mrd. steigen.

***

Das Statistische Amt meldet, dass der Umsatz der Super- und Hypermärkte im September 2008 um 29,8% über September 2007 lag, jedoch um 4,8% geringer als im August 2008 war, was auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass September einen Arbeitstag weniger als August hatte. Gemessen in konstanten Preisen betrug die interanuelle Zunahme 28,9% und gegenüber dem Vormonat um 3,4%. Die Preise sind somit durchschnittlich im September nur um 0,4% gestiegen und in 9 Monaten 2008 um 5%. Die Tatsache, dass der Umsatz zu laufenden Preisen gegenüber dem Vormonat gefallen, jedoch zu konstanten Preisen gestiegen ist, deutet entweder auf gesunkene Preise oder auf eine Änderung des gekauften Sortiments, mit einem höheren Anteil billiger Waren, hin.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Währungsreserven unter Druck

Nach der Krise 2001/02, als die Währungsreserven von über u$s 35 Mrd., die 2000 bestanden, weitgehend aufgebraucht waren, setzte ein Prozess der kontinuierlichen starken Zunahme dieser Reserven ein, so dass sie 2005 die u$s 50 Mrd. überschritten. Als dann u$s 9,8 Mrd. aufgewendet wurden, um die Schuld an den IWF in bar zu zahlen, sanken die Reserven zeitweilig entsprechend; aber bald konnte der vorherige Stand wieder erreicht werden. Hohe und steigende Weltmarktpreise für die argentinischen Exportcommodities, bei guten Ernten von Getreide und Ölsaat, ein real hoher Wechselkurs, der Importe hemmte und Exporte von reinen Industrieprodukten erleichterte, all das hat einen mehrjährigen hohen Handelsbilanzüberschuss erlaubt. Zudem wurde die Tourismusbilanz positiv, und auch die Kapitalbilanz ergab bis zum letzten Jahr einen Überschuss. Ausserdem wurde die Last der Staatsschuld durch die Umschuldung, mit hohem Kapitalschnitt, Aberkennung eines Teils der Schuld und dann fühlbar niedrigeren Zinsen und geringen Amortisationen, wesentlich herabgedrückt.

Zum Teil war die stark aktive Zahlungsbilanz das Ergebnis von Regierungsentscheidungen; aber zum grössten Teil handelte es sich um eine Folge der starken Verbesserung der Austauschverhältnisse. Für die Kirchners waren hohe Währungsreserven ein wesentlicher Teil ihres "Wirtschaftsmodells", da es sich um einen Vertrauensfaktor handelt und spekulative Devisenkäufe entmutigt, weil die ZB stets in der Lage ist, so viel Devisen wie nötig zu verkaufen, um den Kurs zu halten. Diese Politik wurde noch durch den Umstand gestärkt, dass die Bankdepositen im Verhältnis zum BIP etwa halb so hoch sind wie Anfang 2001, so dass auch die Pesoliquidität, die notwendig ist, um Dollar und Euros zu kaufen, viel geringer ist als damals.

Doch die Lage hat sich in letzter Zeit grundsätzlich geändert. Die ZB-Reserven sind schon in diesem Jahr von über u$s 50 Mrd auf etwa u$s 46 Mrd. gesunken. Die Bank J.P. Morgan hat berechnet, dass die ZB seit März um die u$s 10 Mrd. verkaufen musste, um den Kurs zu stützen. Davon stammten etwa u$s 6 Mrd. aus dem Überschuss der laufenden Zahlungsbilanz und Kapitaleingängen. Diese hingen u.a. damit zusammen, dass die ZB Dollar auf Termin verkauft hat, um den Kurs niedrig zu halten, ohne dass dies in den ausgewiesenen Devisenreserven zum Ausdruck kommt. Das hat Banken u.a. erlaubt, Gelder in den USA zu niedrigem Zinssatz aufzunehmen, sie in Pesos umzuwandeln und zu einem hohen Zinssatz anzulegen, wobei gleichzeitig der Dollarbetrag auf Termin wieder gekauft wird. Das Geschäft ergab einen Nettogewinn von bis zu 5%. Über den Umfang dieser Terminverkäufe der ZB wurde offiziell nichts berichtet. Ausseroffiziell haben private Wirtschaftskonsulenten von über u$s 10 Mrd. gesprochen. Es dürften jedoch weniger sein.

Die ZB steht jetzt vor dem Dilemma, entweder die Devisen bei Ablauf der Terminverträge (also in den nächsten Wochen) zu liefern, oder die Kursdifferenz zu zahlen, die gegenwärtig über $ 0,20 pro Dollar ausmacht. Die ZB tritt dabei als Käufer auf dem Devisenmarkt auf, so dass sie dazu beitragen würde, den Kurs noch mehr in die Höhe zu treiben. Will sie diese unerwünschte Wirkung vermeiden, dann muss sie die Devisen abgeben, was den Bestand weiter verringert.

Die Verstaatlichung des privaten Rentensystems hat als Nebenwirkung eine Welle von Devisenkäufen verursacht, die den Druck auf die Reserven noch erhöhen. Der Markt unter den Wechselstuben und Banken (genannt MEC, Mercado Electrónico de Cambios) hatte bis März 2008, als der Konflikt mit der Landwirtschaft ausbrach, einen täglichen Umsatz in der Grössenordnung von u$s 100 Mio. Dann wurden es u$s 200 Mio., und in der Vorwoche u$s 300 Mio. Das wenige Vertrauen, das noch bestand, ist ganz verschwunden. Die Dollarflucht war bis zum 30. Juni auf etwa u$s 8 Mrd. jährlich berechnet worden; aber jetzt hat sie zugenommen, wobei andererseits die abrupte Abkühlung der Konjunktur dazu führt, dass weniger Geld für Dollarkäufe vorhanden ist.

Die ZB hat letzte Woche berichtet, dass die Kapitalflucht (die lokale Käufe von Dollar- und Euronoten einschliesst) im 3. Quartal 2008 u$s 5,80 Mrd. betrug (bei einem Handelsbilanzüberschuss von u$s 5,49 Mrd.). Seit Mitte 2007, als die internationale Krise begann, sind schon rund u$s 25 Mrd. geflohen. Ausserdem betrugen die Überweisungen von Gewinnen und Dividenden im 3. Quartal u$s 652 Mio., um 80% mehr als im Vorjahr. Die grossen internationalen Finanzinstitute (vornehmlich Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank) zahlten u$s 5,31 Mrd. an neuen Krediten aus, erhielten jedoch für Amortisationen u$s 4,04 Mrd. Bisher wurde die Möglichkeit nicht genutzt, wesentlich höhere Beträge an neuen Krediten zu erhalten, mit denen Staatsinvestitionen finanziert werden und die Zahlungsbilanz gestärkt wird. Für das 4. Quartal 2008 kann als Folge der Ankündigung der Verstaatlichung des privaten Rentensystems (die die Regierung im November im Parlament genehmigt haben will) mit einer noch höheren Kapitalflucht gerechnet werden.

Um dieser Tendenz entgegen zu wirken, hat die Regierung den privaten Rentenkassen letzte Woche angeordnet, Anlagen in Brasilien in Höhe von $ 1,8 Mrd. Nennwert sofort zu verkaufen, obwohl der Zeitpunkt gewiss nicht günstig ist. Ausserdem soll die ZB-Bestimmung, dass bei Übertragung von Kapitalien aus dem Ausland 30% bei der ZB für eine bestimmte Zeit deponiert werden müssen, die bis Ende November für einige Fälle aufgehoben wurde, ganz ausser Kraft gesetzt werden. Sie hat bei der bestehenden Konstellation keinen Sinn mehr. Schliesslich laufen Gerüchte um, dass das Projekt über Weisswaschung von Auslandsfonds, die ins Land unter bestimmten Auflagen zurückkehren, jetzt vorangetrieben werden soll. Allerdings sind die Umstän-

de inzwischen so ungünstig, dass man kaum einen grossen Erfolg erwarten kann, es sei denn, das System wird so gestaltet, dass auch Gelder aus dem Drogenhandel u.a. illegaler Quellen weissgewaschen und danach nach Belieben eingesetzt werden können.

Die Konstellation, die zum starken Zahlungsbilanzüberschuss führte, ist inzwischen verschwunden. Die Preise der argentinischen Exportcommodities sind in den letzten Monaten stark gesunken, und der Export von reinen Industrieprodukten spürt die rezessiven Erscheinungen im Ausland. Für 2009 kann man mit einem Exportrückgang von u$s 10 Mrd. rechnen, und noch mehr, wenn die Regierung weiter den Export landwirtschaftlicher Produkte hemmt. Auf der anderen Seite ist der Wechselkurs stark hinter den internen Kostensteigerungen zurückgeblieben, so dass Exporte von Industrieprodukten erschwert worden sind, und ausserdem die Importe vieler Güter, die mit lokal erzeugten Produkten konkurrieren, stark zugenommen haben. Die Regierung ist dieser Tendenz schon durch Festsetzung von Mindestpreisen bei importierten Produkten und Kontingenten entgegengetreten, und bemüht sich jetzt im Mercosur, eine Erhöhung der Zölle gegenüber Drittländern durchzusetzen. Das ist jedoch nicht so einfach, weil Brasilien im Prinzip dagegen ist. Der Aussenhandel wird zunehmend von der Regierung direkt verwaltet, durch Export- und Importgenehmigungen. Früher war das Importverfahren automatisch; jetzt nicht immer.

Der Überschuss der Handelsbilanz neigt somit zu Null, und am Horizont droht ein Handelsbilanzdefizit. Wenn man dann noch eine negative Kapitalbilanz hinzuzählt, dann ist der Gesamtsaldo der Zahlungsbilanz negativ, was mit einer Abnahme der Reserven verbunden ist. Wenn die ZB Devisen ihres Bestandes laufend opfern muss, dann wird nicht nur die Finanzwelt nervös, sondern auch das breite Publikum. Das führt zu erhöhten Devisenkäufen, die durch höhere Zinsen und auch einen wesentlich höheren Wechselkurs nicht aufgehalten werden können. Die Erfahrung mit plötzlichen Megaabwertungen und Inflationssprüngen ist tief in das Unterbewusstsein der argentinischen Gesellschaft eingedrungen und bedingt das kollektive Verhalten. Diese Entwicklung wirkt auf alle Fälle stark rezessiv.

Die Rückkehr des Vertrauens ist schwierig. Denn das Misstrauen beruht auf der Tatsache, dass die Kirchners in wirtschaftlichen Dingen eigenartige Vorstellungen haben, irrational zu handeln pflegen und die Entscheidungen unter sich, bestenfalls mit dem Präsidialsekretär Carlos Zannini und in einigen Fällen noch mit Planungsminister Julio de Vido, beraten. Dabei spielen auch ideologische Vorurteile eine Rolle, wobei wirtschaftliche Rationalität und Effizienzdenken mit Liberalismus gleichgestellt wird. Der Wirtschaftsminister, der ZB-Präsident u.a. hohe Fachbeamte im wirtschaftlichen Bereich, sie alle haben von der Verstaatlichung des privaten Rentensystems, und vorher von der Ankündigung der Barzahlung der Schuld an den Pariser Klub (die jetzt versandet ist) u.a. Entscheidungen erst erfahren, als die Präsidentin die Massnahmen ankündigte, eventuell kurz vorher. Néstor Kirchner und Frau Cristina haben sich in eine Lage hineinmanövriert, in der sie höchstpersönlich das Hindernis sind. Sie können die Schuld für Fehlentscheidungen, die korrigiert werden müssen, nicht auf untergeordnete Beamte abschieben, und diese eventuell entlassen. Das ist bedenklich.

Die Inflationsbremsen

In früheren Zeiten hätten wir bei einer so gewerkschaftsfreundlichen und staatswirtschaftlich eingestellten Regierung wie dieser schon längst eine hohe Inflation, wenn nicht Hyperinflation, gehabt. Doch jetzt liegen die Dinge anders, mit einer Vielfalt von Inflationsbremsen, die es vor zwanzig Jahren nicht gab. Die Inflation hat sich in den letzten Jahren nur langsam beschleunigt, und die Hyperinflation erscheint in weiter Ferne. Halten wir folgende Umstände fest:

Die starke Öffnung der Wirtschaft. Der Öffnungskoeffizient (Exporte plus Importe, geteilt durch zwei, bezogen auf das BIP), liegt um 20%, während er früher knapp über 10% ausmachte, und auch in den 90er Jahren, als die Zölle stark gesenkt wurden, knapp darüber lag. Die Zollsätze sind allgemein viel niedriger als vor 20 Jahren, wobei sich auf die Tatsache auswirkt, dass sie für Mercosur-Staaten abgeschafft wurden, und bei Importen mit Chile, Bolivien und Venezuela, mit denen Freihandelsabkommen bestehen, gesenkt wurden. Obwohl das ideologische Schema der Kirchners einer geschlossenen Wirtschaft entspricht, widerspricht ihnen die Wirklichkeit mit einer viel grösseren Öffnung als früher, auch als in den 90er Jahren, in denen angeblich die Öffnung zu gross war und gemäss ihrer Auffassung grossen Schaden angerichtet haben soll. Die lokalen Industrieunternehmen müssen somit auf ihre Kosten achten und können es sich einfach nicht leisten, gegenüber Lohnforderungen nachgiebig zu sein, weil sie dann ihre Konkurrenzfähigkeit einbüssen. Früher wurden Lohnerhöhungen einfach auf die Preise abgewälzt, was dann durch eine Abwertung geheiligt wurde, so dass kein Grund bestand, sich den Forderungen zu widersetzen, und Streiks u.a. Unannehmlichkeiten zu ertragen. Gewiss besteht von vielen Seiten Druck, um die Wirtschaft durch höhere Zölle, Kontingente u.dgl. stärker von der Welt abzuschotten; doch dies gelingt bestenfalls nur zum geringsten Teil. Besonders der Mercosur wirkt gegen diese Bemühungen.

Die hohen ZB-Reserven wirken ebenfalls stabilisierend, da sie der ZB erlauben, den Wechselkurs zu bestimmen und grosse Schwankungen zu vermeiden, die störend auf den Wirtschaftsablauf und auch inflationär wirken, da Kurszunahmen sofort auf die internen Preise abgewälzt werden, Kursabnahmen jedoch nur zögernd. Solange ein hoher Handelsbilanzüberschuss besteht, begleitet von einem Überschuss bei sogenannten unsichtbaren Transaktionen (vornehmlich Tourismus), wird die Beherrschung des Wechselkurses durch hohe Reserven noch verstärkt. Allein, was die Währungsreserven betrifft, so sind schon Gefahrenmomente aufgetaucht, über die sich die Regierung, und vor allem die Leitung der ZB bewusst sind.

Die monetäre Politik setzt der Inflation ebenfalls eine Bremse. Der Überschuss bei den Staatsfinanzen erlaubt der ZB eine Beherrschung der monetären Expansion, so dass die Geldmenge M1 (Notenumlauf plus Giro- und Sichtdepositen) weniger als das BIP zu laufenden Werten zunimmt. Wie weit sich dieses Schema erhalten lässt, wenn der Überschuss bei den Staatsfinanzen zurückgeht, wie es bei geringeren Steuerinnahmen der Fall sein wird, und eventuell ein Defizit (zunächst bezogen auf das Gesamtergebnis, und dann auch das primäre) auftaucht, sei vorerst dahingestellt. Die kontraktive Geldpolitik der ZB ist grundsätzlich möglich, weil die Bank nicht, wie in früheren Zeiten, die Staatskasse mitfinanzieren muss.

Die Aufstellung des Haushaltsüberschusses als Dogma, und die Schwierigkeiten, die sich bei der Finanzierung von Defiziten stellen, sowohl beim Nationalstaat wie bei den Gliedstaaten, beschränkt die Möglichkeit von Lohnerhöhungen im öffentlichen Bereich, die stets eine Ausstrahlung auf den privaten Bereich haben. Bei niedrigeren Staatseinnahmen, wie sie jetzt bevorstehen, wird diese Wirkung stärker.

Die Schwarzarbeit, mit einer Beteiligung von nahe an 40% der gesamten beschäftigten Bevölkerung, wirkt ebenfalls stabilisierend, da viele Unternehmen, die Löhne mit Sozialasten richtig zahlen, einer unlauteren Konkurrenz ausgesetzt sind. Die Unternehmen, die Arbeitskräfte schwarz beschäftigen, sind nicht an die Lohnerhöhungen gebunden, die mit den Gewerkschaften ausgehandelt werden. Dies soll die Schwarzarbeit keineswegs rechtfertigen, sondern nur deren stabilisierende Wirkung erklären.

Die fortschreitende Einführung der Informatiktechnologie, direkt oder über hochautomatisierte Maschinen, spart Arbeit, womit Lohnerhöhungen in vielen Fällen ausgeglichen werden, so dass keine oder auf alle Fälle keine volle Abwälzung auf Preise stattfindet. Das Ergebnis sind dann höhere Reallöhne bei weniger Beschäftigten.

Die Supermärkte haben sich in den letzten 20 Jahren allgemein durchgesetzt und die traditionellen Kolonialwarenläden u.a. Enzelhandelsgeschäfte weitgehend verdrängt. Die verbleibenden kaufen oft auch bei Grossistensupermärkten billig ein. Während die Kolonialwarenläden die von ihren Lieferanten geforderten Preise passiv annahmen und auf ihre Preise abwälzten, widersetzen sich die Supermärkte mit Erfolg gegen Erhöhungen, was so weit geht, dass traditionelle Lieferanten gelegentlich ausgeschlossen werden. Ebenfalls konkurrieren sie zunehmend mit eigenen Marken, die in der Regel billiger sind. Das Geschäft der Supermärkte liegt im Wesen im hohen Umsatz und nicht in einer hohen Gewinnmarge. Die Supermärkte zwingen ihre Lieferanten, ihre Kosten zu kontrollieren und Kostenzunahmen zu verhüten,

auch Lohnerhöhungen.

Die hohe, jetzt steigende, Arbeitslosigkeit wirkt als Bremse für Lohnforderungen. 8% ist ein hoher Koeffizient, der weit über den von 3% bis 5% liegt, die vor 20 Jahren üblich waren. Dies schwächt Lohnforderungen, da Arbeiter und Angestellte der Beibehaltung ihres Arbeitsplatzes Priorität vor Lohn- und Gehaltserhöhungen geben. Wenn die Entlöhnungen zu stark steigen, dann schreitet der Einsatz von arbeitssparenden Maschinen voran, auch wenn diese sehr teuer sind.

Schliesslich liegt der argentinischen Gesellschaft die Erfahrung mit der Hyperinflation (1989 und 1990) noch tief in den Knochen. Die Panik vor diesem Phänomen und die Erinnerung an die stabilen 90er Jahre führen dazu, dass eine Inflation, die in früheren Zeiten als normal hingenommen worden wäre, jetzt beängstigend wirkt und negative politische Folgen hat. Deshalb scheut sich die Regierung, das Problem der Konkurrenz importierter Produkte und der unzureichenden Nettopreise für die Landwirte (vornehmlich bei Getreide und Ölsaat) durch eine bedeutende Abwertung zu lösen, die die Inflation in die Höhe treiben würde.

Zu all diesem kommt jetzt noch die Wirkung der spürbaren Abkühlung der Wirtschaft, mit zunehmenden Rezessionserscheinungen, hinzu. Die steigende Inflation der letzten Jahre hing auch mit dem bedeutenden Konjunkturaufschwung zusammen, der Preis- und Lohnerhöhungen ohne Erschütterungen gestattete. Das hat jetzt aufgehört; und sofort waren die Preiszunahmen milder, die Lohnforderungen weniger aggressiv und die Unternehmer weniger nachgiebig.

All diese Faktoren erklären, warum die Inflation nicht davonläuft, und der Inflationsrhythmus schon bei einer mässigen Konjunkturabkühlung spürbar abgenommen hat. Wenn die Regierung noch das ihrige beitragen würde, könnte sogar die verlorene Stabilität des Menem-Jahrzehnts wieder erreicht werden. Die Kirchners betrachten dies jedoch nicht als positiv. Ihr Wirtschaftsmodell schliesst eine verwaltete Inflation ein, die als “normal” angesehen wird, und wenn möglich unter 10% jährlich liegen soll. Im letzten Jahr ist sie davongesprungen, so dass sie um die 25% liegt. Doch das Statistische Amt (INDEC) hat dafür gesorgt, dass dem Wunsch der Regierung Rechnung getragen wird. Das wird jedoch immer konfliktiver und ist auf die Dauer unhaltbar. Ob es schliesslich gelingt, die wirkliche Inflation auf eine Rate von unter 10% jährlich zurückzuschrauben, ist nicht sehr wahrscheinlich. Denn auch dieses nicht so ehrgeizige Ziel setzt einen klaren politischen Willen und eine viel härtere Haltung der Regierung voraus, als diese sie bisher gezeigt hat.